

politik. Der „Bericht zur Lage“ und die „Erklärung“ lesen sich wie Begleitmaterialien zu einer Regierungserklärung oder zu einem Wahlkampfprogramm. Man spricht, als ob man als Partei im Parlament säße oder auf dem Marktplatz agierte und nicht als Katholikenvertretung im *vorpolitischen Raum*.

Das zweite, nicht minder irritierende Faktum ist das fast völlige *Fehlen von Nachdenklichkeit*. Wo sollen Parteien ihre Fähigkeit hernehmen, das psychologische und geistige Umfeld ihrer Entscheidungen einigermaßen richtig einzuschätzen und Ideen und Bewegungen beurteilen zu können, wenn im vorpolitischen Raum und gerade von Gremien, die durch ihren Daseinszweck darauf verpflichtet sind, Motiven und Gründen politischer Veränderungen und deren *ideellen und moralischen Antrieben* nachzugehen, nur dieselben Schemen geschaffen werden, die sie sich selbst täglich um die Ohren schlagen? Man wird diese Frage nach dem 6. März noch sehr viel intensiver zu stellen haben. Etwas Hoffnung darauf, daß es auch

anders gehen könnte, gab diese Vollversammlung diesbezüglich immerhin auf den Weg. Es gab nicht nur einen (abgelehnten) Beschlußantrag von Prof. *Bernhard Sutor* (Eichstätt), in dem allen Parteien mehr Gerechtigkeit zuteil werden sollte („Weder trägt die Regierung der letzten Jahre die alleinige Verantwortung für unsere gegenwärtige wirtschaftlich-soziale Situation, noch sind die von der neuen Regierung vorgesehenen Sparmaßnahmen eine Absage an den Sozialstaat und die Eröffnung eines Klassenkampfes...“), sondern auch einen Gegenentwurf zur „Erklärung“ (von Graf *Valentin Ballestrem*, Regensburg). Dieser war nicht gut vorbereitet, in manchen Aussagen unbeholfen, aber er siedelte seine Gedankengänge schon eher dort an, wo sie als Aussage eines Gremiums wie des ZdK hingehören: nicht in die tages- und parteipolitische Polemik, sondern in Grundsatzdiskussionen über Sach- und politische Führungsfragen. Und sie waren um Versöhnlichkeit bemüht. Es scheint sich also etwas zu bewegen.

D. S.

Kirche und Arbeitswelt: Herausforderung für die EKD

Mit grundsätzlichen Überlegungen zum Auftrag der Kirche in unserer Zeit begann der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, seinen Bericht vor der diesjährigen Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland: Für die christliche Gemeinde, so führte er aus, seien Wort und Tat ihres Dienstes nicht zu trennen. Aus der Zuversicht des Glaubens ergebe sich die Fähigkeit zu nüchternen und von Illusion freier Betrachtung dieser Welt. Damit schlug der Ratsvorsitzende gleichzeitig einen Bogen vom Schwerpunktthema der letztjährigen zu dem der diesjährigen Synodaltagung, die vom 7. bis 12. November in Berlin-Spandau stattfand. Hatten sich die Synodalen 1981 in Stuttgart mit „Erneuerung aus der Bibel“ beschäftigt (vgl. HK, Dezember 1981, 645), einer Frage also, die mit dem geistlichen Kern kirchlichen Le-

bens zu tun hat, so war das diesjährige Schwerpunktthema auf den gesellschaftlichen Auftrag der Kirche bezogen: „Sinn und Wandel der Arbeit in der Industriegesellschaft – Herausforderung für die Kirche“.

Vor 27 Jahren stand das Thema Arbeitswelt schon einmal schwerpunktmäßig auf der Tagesordnung der EKD-Synode. Der Berliner Bischof *Martin Kruse* erinnerte in seinem Referat in Spandau an die Synode 1955 in Espelkamp über „Die Kirche und die Welt der Arbeit“ und zitierte aus der damals verabschiedeten Grundsatzklärung. Dort hieß es u. a.: „Auch in der modernen Arbeitswelt ist Jesus Christus der Heiland aller Menschen... Die Mauern kirchlicher Tradition und Gewohnheit dürfen uns nicht hindern, den Weg zum Menschen in der heutigen Arbeitswelt zu suchen.“ Die *Bilanz*, die Kruse im Rückblick auf

1955 zog, fiel recht *ernüchternd* aus: Die evangelische Kirche habe sich zwar ein gefächertes Instrumentarium geschaffen, um auf die Herausforderungen der Industriegesellschaft angemessener reagieren zu können. Der *erhoffte Gestaltwandel* der Kirche, die gegenseitige Durchdringung von überkommener Gemeindestruktur und neuen Diensten in der Arbeitswelt sei jedoch nur ungenügend gelungen. Herausforderungen, die der ganzen Kirche gestellt waren, seien mehr oder weniger an Spezialeinrichtungen abgetreten worden.

Zu diesen Spezialeinrichtungen gehört nicht zuletzt der „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“ (KDA), in dem die Sozialpfarrämter der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik zusammengeschlossen sind. Eine auf umfangreichen Diskussionspapieren basierende *Vorlage des KDA* für die Berliner Synodaltagung (vgl. den Text in epd-Dokumentation, Nr. 49a/82) löste in den letzten Monaten eine lebhaftige Kontroverse aus. Die Grundthese der umstrittenen Studie: Der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist mit den herkömmlichen Rezepten nicht beizukommen; es braucht deshalb vor allem eine Neuverteilung der immer knapper werdenden Arbeit, ebenso ein Wirtschaftswachstum, das die „ganzheitlichen Lebenszusammenhänge in gesamtgesellschaftlicher und langfristiger Sicht“ befördert. Voraussetzung für die notwendigen Veränderungen sei die Durchsetzung einer effektiven Mitbestimmung in allen Bereichen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, die von der Basis ausgehe und über die Betriebe hinausreiche.

Die *Kritik an den Vorstellungen des KDA* richtete sich vor allem gegen die zu undifferenziert-negative Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik und monierte die Orientierung an zugegebenermaßen wolkigen Zukunftsbildern einer Gesellschaft, in der als Folge einer gleichmäßigeren Verteilung der Erwerbsarbeit die Entfremdungen der Industriegesellschaft aufgehoben werden könnten. Neben dem KDA meldeten sich im Vorfeld der Synodaltagung auch der

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer mit Stellungnahmen zum Schwerpunktthema zu Wort, die Unternehmer mit einem klaren Plädoyer für die Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft. Schließlich erschien im Oktober die umfangreiche Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ (vgl. HK, November 1982, 567) mit ihren so ausgewogenen wie gründlichen Vorschlägen zur mittel- und längerfristigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Schon angesichts solcher *Vorarbeiten* war nicht zu erwarten, daß bei der Einbringung des Schwerpunktthemas in Berlin *neue Gesichtspunkte* auftauchen würden. Neben Bischof Kruse referierten der Berliner Politologe und Wirtschaftswissenschaftler *Hans-Jürgen Krupp* und der Züricher Sozialethiker *Theodor Strohm*. Krupp plädierte dafür, die Arbeitslosigkeit pragmatisch an allen Stellen zu bekämpfen, an denen dies möglich sei, und das Heil nicht entweder nur von einer Nachfragesteigerung oder von einer dogmatischen Angebotspolitik zu erwarten. Gleichzeitig warnte er vor übertriebenen Hoffnungen auf den Beitrag, den man durch Arbeitszeitverkürzungen zur Lösung des Arbeitslosenproblems leisten könne.

Sein Korreferent von der Sozialethik ging vom Wandel der Arbeitswelt durch die dritte industrielle Revolution aus und konfrontierte diesen mit den *biblischen und reformatorischen Aussagen über die menschliche Arbeit*. Die christliche Ethik, so eine von Strohm's Hauptthesen, müsse davor warnen, den ganzen Menschen in der Unverwechselbarkeit seiner Gottes Ebenbildlichkeit entweder der Arbeitswelt und der sie überhöhenden „Arbeitsreligion“ wie einem Gesetz zu unterwerfen oder umgekehrt die Freizeitwelt zum Reich der Freiheit hochzustilisieren, das dem Reich der Notwendigkeit einfach entgegengesetzt werden könnte. Arbeit solle eine der kreatürlichen Ordnung gerechtere Tätigkeit sein; sie solle rücksichtsvoll sein und in der Kooperation

der verschiedenen Gaben von Männern und Frauen, Alten und Jungen, Begünstigten und Benachteiligten zur Geltung kommen.

In seinem Grußwort forderte der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Richard von Weizsäcker*, die Synode auf, möglichst *klar und eindeutig* zur gegenwärtigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und zu möglichen Lösungsansätzen Stellung zu nehmen. Die „Kundgebung“ zum Schwerpunktthema, die die Synodalen zum Ende der Tagung verabschiedeten, löst solche Erwartungen allerdings nur begrenzt ein. Das hängt schon damit zusammen, daß sie alle wichtigen Fragenkomplexe berücksichtigt, die sich für die Kirche im Zusammenhang mit „Sinn und Wandel der Arbeit in der Industriegesellschaft“ ergeben und dabei zu den einzelnen Punkten nur sehr knapp Stellung nimmt.

Der Text erinnert kurz an die Herausforderung durch Arbeitslosigkeit und technologischen Wandel und stellt fest, die Schwierigkeiten in Wirtschaft und Arbeitswelt verwiesen auf einen *religiösen und geistigen Umbruch*: „Wir erkennen darin die Herausforderung, daß die Arbeit in ihrer Bedeutung für die Sinnerfahrung des Menschen heute neu erkannt und der zur Arbeit bestimmte Mensch in seiner Würde als Gottes Geschöpf und Ebenbild anerkannt wird.“ Zu Recht wird auf die historische Mitverantwortung des Protestantismus für die industrielle Arbeitswelt abgehoben, die sich aus dem reformatorischen Arbeitsethos ergibt. Einer Verabsolutierung der Arbeit gegenüber stellt die Synode fest, daß der Mensch mehr als seine Arbeit gelte; durch die Botschaft von der Versöhnung Gottes in Jesus Christus sei er befreit vom Zwang zur Rechtfertigung und zur Selbstverwirklichung, gleichzeitig sei er befreit zu solidarischem Verhalten.

Sehr vorsichtig ist der Teil über die „theologisch-sozialethische Verantwortung der Kirche“ ausgefallen. Es werden einige christliche Grundüberzeugungen formuliert (etwa: „Christen sind überzeugt, daß die Arbeit zum irdischen Leben des Menschen gehört und daß der Mensch einen

Auftrag zum verantwortlichen Gestalten seines Daseins hat“), die Anwendung auf die gesellschaftliche Wirklichkeit beschränkt sich aber auf Fragen („Was bedeutet das aber konkret für die innerbetriebliche Arbeitsgestaltung und die Humanisierung der Arbeitswelt?“). Die „Kundgebung“ fordert denn auch, diese Fragen sollten weiter durchdacht werden. Andere Forderungen zielen auf das *konkrete Leben der Kirche*: Im Gottesdienst und im Gemeindeleben sollten mehr als bisher die Erfahrungen der Gemeindeglieder am Arbeitsplatz aufgenommen werden; für Theologen brauche es verstärkt verbindliche Praktika in der Arbeitswelt als Teil der Ausbildung; im kirchlichen Bereich könnten neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Erst der Schlußpassus formuliert „Erwartungen an die Verantwortungsträger in der Gesellschaft“. Die Kirche könne im Streit der Meinungen um die richtige Beschäftigungspolitik weder entscheiden noch wolle sie es; sie müsse die Menschen auffordern, ihre Interessen am Gemeinwohl zu überprüfen. Staat und Gesellschaft, Arbeitgeber und Gewerkschaften, gesellschaftliche Gruppen und einzelne sollten keine Feindbilder aufbauen, sondern die Gesamtverantwortung gemeinsam tragen.

Ob die Vorschläge und Forderungen der Synode auf die evangelische Kirche und ihr Verhältnis zur Arbeitswelt Wirkung zeigen, ist abzuwarten. Immerhin sind einige *Grundperspektiven* zur Sprache gekommen, an denen weitergearbeitet werden kann, auch wenn die Verbindung zwischen biblischen Orientierungen und gegenwärtigen Strukturproblemen ein schwieriges Unterfangen bleibt.

Größere Probleme als die Bewertung der Arbeitswelt bereitet dem deutschen Protestantismus nach wie vor die *Friedensdiskussion*, die durch die Thesen des Reformierten Bundes neu angefacht wurde (vgl. HK, Oktober 1982, 518). Die Synode sprach sich mehrheitlich gegen die Festlegung des Reformierten Bundes auf ein bedingungsloses Nein zur Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen aus und bekannte sich zur Denkschrift der EKD

vom vergangenen Jahr als Grundlage der weiteren kirchlichen *Friedensdiskussion*. Sie machte sich gleichzeitig einstimmig die Feststellung der Synode des Evangelischen Kirchenbundes der DDR zu eigen, daß ein stillschweigendes Hinnehmen der übersteigerten Rüstung, die alles Leben bedrohe, Christen in Widerspruch zu Gott dem Schöpfer führe. Bischof Lohse kündigte in seinem Bericht an, daß der Rat der EKD „Aufgaben und Möglichkeiten einer Friedenspolitik in der gegen-

wärtigen Situation mit Hilfe eines zu erstellenden Gutachtens“ weiter durchdenken werde. Über das Ziel, die in der gegenwärtigen Hochrüstung liegenden Risiken durch Abrüstung zu verringern, seien sich alle Gruppen in der EKD einig. Es dürfte nicht zuletzt von den Genfer Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen abhängen, ob und wie lange sich der in der Friedensdenkschrift formulierte Konsens im deutschen Protestantismus noch als tragfähig erweist. U. R.

Atomrüstung: Positionsbestimmung der US-Bischöfe

Ende Oktober ist in den USA der zweite Entwurf für einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe des Landes zum Thema Krieg und Frieden bekanntgeworden. Erarbeitet wurde das umfangreiche Dokument mit dem Titel „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort“ von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Erzbischofs von Chicago, *Joseph Bernardin*. Diese Arbeitsgruppe, der außer Bernardin noch der Bischof von Norwich und drei Weihbischöfe angehören, war nach der Vollversammlung der Bischofskonferenz im Herbst 1980 gebildet worden und hatte ihre Arbeit im Sommer 1981 aufgenommen. Ein erster Entwurf ging im Juni dieses Jahres allen Bischöfen zu; die zahlreichen Stellungnahmen machten den zweiten Entwurf notwendig, der auf der diesjährigen Vollversammlung vom 15. bis 18. November diskutiert wurde. Über zwei Drittel der Bischöfe sprachen sich dabei für den vorliegenden Entwurf aus, der allerdings nochmals überarbeitet werden soll.

Bereits auf dem Düsseldorfer Katholikentag war öfters von dem geplanten Hirtenbrief der US-Bischöfe die Rede; den deutschen Bischöfen wurde von in der kirchlichen Friedensarbeit engagierten Gruppen empfohlen, sich für ihre Stellungnahme zur Friedensdiskussion an dem amerikanischen Dokument zu orientieren. Die Veröffentlichung des Entwurfs fand in der Bundesrepublik ein *beachtliches Echo*.

Die „Zeit“ druckte sogar große Teile des Papiers ab und gab ihm die Feststellung mit auf den Weg, es handle sich um das „längste, umfassendste und tiefeschürfendste moraltheologische Dokument zum Thema Krieg und Frieden, das seit dem Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima in der katholischen Kirche erschienen ist“ (Die Zeit, 12. 11. 82).

Daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die konkreten Aussagen des Dokuments zur amerikanischen Nuklearstrategie und zur Abschreckung richtete, verwundert nicht. Schließlich gibt es bisher kaum eine Stellungnahme aus dem kirchlichen Bereich, die sich so detailliert auf diesen Fragenkomplex einläßt. Was der Entwurf der bischöflichen Arbeitsgruppe zur moralischen Einschätzung der Abschreckung durch Atomwaffen oder zur Theorie des begrenzten Atomkriegs sagt, muß aber auf dem Hintergrund seiner methodischen und sachlichen Ausgangspositionen gelesen werden.

Zwei Dinge sind dabei entscheidend: Das Dokument ist vom Anfang bis zum Schluß geprägt von der *Sorge um den Frieden* angesichts der inzwischen angehäuften *nuklearen Vernichtungspotentiale*. Das Zerstörungspotential der Atomkräfte, so heißt es an einer Stelle, bedrohe die Herrschaft Gottes über die von ihm geschaffene Welt; erstmals seien die Menschen dazu in der Lage, Gottes Werk zu zerstören.

Von daher ist zu verstehen, daß sich das Dokument auf das Thema Atomkrieg beschränkt und konventionelle kriegerische Auseinandersetzung, die zum Alltag unserer Welt gehören, nur knapp streift. Auch die politische Analyse, um die sich z. B. die EKD-Friedensdenkschrift vom vergangenen Jahr (vgl. HK, Dezember 1981, 603–605) sehr bemühte, tritt deutlich zurück gegenüber der beherrschenden Frage, welche moralischen Konsequenzen sich angesichts der atomaren Bedrohung ergeben.

Kennzeichnend für das Dokument ist zweitens seine Orientierung an der spezifisch katholischen Lehrtradition zu den Fragen von Krieg und Frieden. Diese Eigenart äußert sich nicht nur darin, daß an entscheidenden Stellen Texte des Zweiten Vatikanums und Aussagen Johannes Pauls II. herangezogen und in die Argumentation eingebaut werden. Sie zeigt sich vor allem an der methodischen *Grundentscheidung*, die Maßstäbe für die Beurteilung der Probleme des atomaren Zeitalters nicht unmittelbar der biblischen Botschaft zu entnehmen. Zwar skizziert das Dokument in einer eindrucksvollen Weise die biblische Friedensbotschaft des Alten und des Neuen Testaments: Der Friede Jesu sei ein Friede, den die Welt nicht geben könne; sie müsse ihn aber annehmen und durch ihre Bereitschaft zur Vergebung und Versöhnung verwirklichen. Es betont aber dann ausdrücklich, der Friede des Reiches Gottes könne in der Geschichte wegen der Macht der Sünde nicht voll und ganz verwirklicht werden.

Daraus folgert das Dokument, daß es in der Kirche „unterschiedliche moralische Optionen als legitime Verwirklichungen der christlichen Grundentscheidung“ gibt. Es stellt nebeneinander den Weg *der Gewaltlosigkeit* und die in der katholischen Tradition ausgebildete *Lehre vom gerechten Krieg*. Es äußert seinen ausdrücklichen Respekt vor der Position des christlichen Pazifismus und stellt fest, die Tradition der Gewaltlosigkeit müsse bei jeder Diskussion über Frieden und Krieg im Katholizismus einbezogen werden. Als Orientierung für die weitere Argumentation dient aber die Lehre vom